

An die Innenministerkonferenz
Herrn Vorsitzenden
Staatsminister
Heribert Rech
Innenministerium
Dorotheenstr. 6

70173 Stuttgart

Offener Brief

Frankfurt/Wiesbaden, den 20. Juni 2005

Appell an die Konferenz der Innenminister der Länder: Bleiberecht für langjährig auf der Basis einer Duldung hier lebende Menschen

Sehr geehrte Damen und Herren,

es häufen sich Informationen, nach denen Menschen trotz langjährigen Aufenthalts in Deutschland von Abschiebung bedroht werden. Diese Menschen - Einzelpersonen, Ehepaare und Familien - leben oft zehn, zwölf Jahre und länger hier im Land und sind hier heimisch geworden. Selbst vor Kindern und Jugendlichen sowie langjährig erkrankten und hier behandelten Menschen macht diese Abschiebungspraxis nicht halt.

Immer wieder hören wir, dass Kinder und Jugendliche aus schulischen Bildungsgängen jäh herausgerissen, ihrer Zukunftshoffnungen beraubt und in ein Land geschickt werden, das sie oft nicht kennen und in dem sie keine Perspektive haben.

Was hier Kindern angetan wird, steht in krassem Widerspruch zu den Kinderrechten, wie sie in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Diese UNO- Kinderrechtskonvention ist am 5. April 1992

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten. Sie verpflichtet die Behörden zum höchstmöglichen Schutz der Kinder. So heißt es in ihr u.a.: „Jedes Kind hat ein Recht auf Leben, und alle Staaten garantieren soweit wie möglich das Überleben und die Entwicklung des Kindes... Treffen Gerichte, soziale Schutzeinrichtungen oder Verwaltungen Kinder betreffende Beschlüsse, hat hierbei stets das Interesse des Kindes im Vordergrund zu stehen.“

Wir appellieren an Sie, die gegenwärtige Abschiebungspraxis gegenüber seit langen Jahren hier auf der Basis einer Duldung lebenden Menschen zu beenden. Sie verletzt die Gebote der Menschlichkeit, beschädigt das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und stößt zunehmend auf Unverständnis und Empörung bei Menschen, die Zeugen und Mitbetroffene von Abschiebungen werden.

Inzwischen mehren sich die Proteste von Klassengemeinschaften, Elternbeiräten, Lehrerkollegien gegen die Abschiebungen von Mitschülerinnen und Mitschülern. Nachbarschaften setzen sich in Unterschriftenaktionen für ihre von Abschiebung bedrohten Mitbewohnerinnen und Mitbewohner ein.

Eine Intention des Zuwanderungsgesetzes war die Abschaffung der Kettenuldungen zugunsten eines Bleiberechtes für die Betroffenen. Davon ist in der Praxis nichts zu spüren.

Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, den Menschen, die seit langen Jahren hier in Deutschland leben, endlich ein Bleiberecht zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

- agah – Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
- Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd
- Berami – Verein zur beruflichen Integration e. V.
- Deutsch-Iranische Beratungsstelle für Frauen und Mädchen Frankfurt am Main
- DGB, Region Frankfurt-Rhein-Main
- Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
- Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck
- Fachbereich für Interkulturelle Arbeit im Evangelischen Regionalverband Frankfurt am Main
- Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil e.V. (FATRA e.V.)
- GEW Bezirksvorstand Frankfurt am Main

- Mechthild Gunkel, Pfarrerin
- Rosi Heins – Verdi Bezirk Offenbach
- Initiativausschuss Ausländische Mitbürger in Hessen
- Internationales Familienzentrum Frankfurt am Main
- KAV - Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt am Main
- Pfarrer Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- Verein Schulsozialarbeit in Frankfurt am Main e. V.
- Bernhard Zepf, Bischöflicher Beauftragter für Flüchtlingsfragen im Bistum Limburg

f.d.R.

Ulrike Foraci
Geschäftsführerin der agah

Kontaktadresse:
agah
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat
Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18
foraci@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de